



Baden-Württemberg

POLIZEIPRÄSIDIUM STUTTGART
POLIZEIPRÄSIDENT

Polizeipräsidium Stuttgart · Postfach 102923 · 70025 Stuttgart

Beschäftigte beim
Polizeipräsidium Stuttgart

Datum 29. März 2011
Durchwahl 0711 8990-2000
E-Mail stuttgart.pp.praesident
@polizei.bwl.de

 Presseberichte über die Stuttgarter Polizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele in den letzten Monaten erschienene Medienberichte, die sich mit der Arbeit der Stuttgarter Polizei beschäftigten, waren einseitig geprägt oder entbehrten einer sachlichen Grundlage. Bereits in der Dienstversammlung am 3. Februar 2011 habe ich einzelne Darstellungen der Presse punktuell angesprochen und versucht, Ihnen ein objektives Bild zu vermitteln. Ich weiß, dass es nicht wenigen Kolleginnen und Kollegen wie mir geht, die die Stuttgarter Polizei insgesamt durch bestimmte Medienberichte ungerechtfertigt angegriffen sehen oder sich sogar verletzt fühlen – besonders diejenigen, die bei den Einsätzen dabei waren.

Während der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Landtages Baden-Württemberg zum Polizeieinsatz vom 30. September 2010 war es leider nicht möglich, näher darauf einzugehen. Das will ich heute nachholen und die eine oder andere Veröffentlichung aus dem letzten Halbjahr noch einmal aufgreifen.

Stuttgarter Nachrichten vom 02.10.2010: „In Beamtenkreisen heißt es, Stumpf hätte dafür sorgen müssen, dass die Schülerdemo nicht genehmigt wird. Dem standen wohl politische Wünsche entgegen, deutet ein Polizeibeamter an.“

Stuttgarter Zeitung vom 04.10.2010: „Aufzuklären gäbe es, wie frei der Stuttgarter Polizeipräsident in seinen Entscheidungen wirklich war. Nicht allzu sehr, vermuten

Eingeweihte: Stumpf habe sich ständig nach oben absichern müssen. In Reihen der Ordnungshüter erntet der Polizeiwissenschaftler Feltes Zuspruch für seine These, die Eskalation sei kalkuliert herbeigeführt worden.“

Bis heute zitiert die Presse immer wieder angeblich polizeiinterne Informanten: Anonyme Aussagen oder Schreiben sind aber kein taugliches Mittel für den Beweis irgendwelcher Mutmaßungen. Bisher hat niemand belegt und wird das auch nicht können, dass wir uns bei unseren Einsätzen durch unzulässige politische Weisungen leiten lassen oder gar an einer Eskalation interessiert seien.

Genauso wenig wahr ist, dass der Polizeipräsident zur relevanten Zeit am 30. September mittags sein Handy abgeschaltet habe und nicht erreichbar gewesen sei, obwohl das bis heute behauptet wird. Ich war vielmehr über verschiedene Kommunikationsmittel und meine Führungsassistenz jederzeit zu erreichen.

Vor allem in den Tagen nach dem 30. September 2010 berief sich die Presse wiederholt auf sogenannte Insiderinformationen als Beleg für eine sachwidrige Dominanz der Politik auf die Art und Weise polizeilicher Einsatzmaßnahmen.

Stuttgarter Zeitung vom 06.10.2010: „Derlei Vermutungen stammen aus verschiedenen Quellen. Schon Ende Juli, beim Tag der offenen Tür im Landtag, äußerten sich uniformierte Beamte freimütig gegenüber Besuchern. Ihr Polizeipräsident habe in punkto Stuttgart 21 das Zepter längst nicht mehr in der Hand. Gegen Stumpfs These, er sei allein verantwortlich, sprechen auch Schilderungen von mutmaßlichen Insidern. Bevor Stumpf etwas entscheide, ziehe er sich meist zum Telefonieren zurück. Danach verfüge er schon mal das Gegenteil dessen, was eigentlich geplant war. Seit Mappus aus dem Sommerurlaub zurückgekehrt sei, habe sich der Wind im Führungs- und Einsatzstab spürbar gedreht. Hinweise in diese Richtung – teils anonym, teils vertraulich-offen – haben inzwischen auch die Opposition im Landtag erreicht. Belegt sind sie bisher nicht, aber sie werden intern als glaubhaft und plausibel eingestuft.“

Stuttgarter Zeitung vom 15.10.2010: „Der Präsident dürfe nichts alleine entscheiden, wunderten sich Beamte, immer wieder müsse er Rücksprache nehmen – mit wem blieb unklar. Wie ferngelenkt wirkte er zuweilen schon, als noch die Parole Deeskalation galt: Angeblich hätte er bei gewissen Grenzüberschreitungen gerne etwas härter eingegriffen, entschied nach dem üblichen Telefonat aber anders. ‚Ich kann nicht‘, ‚Ich darf nicht...‘, ‚Ich muss...‘, wird der 59-jährige aus internen Gesprächen zitiert.“

Es ist keine These, wie die Zeitung schreibt, sondern Tatsache, dass es keine politische Einflussnahme auf polizeitaktische Maßnahmen gab. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Diese haltlosen Unterstellungen basieren u. a. vermutlich auf einem anonymen Schreiben, das aus Polizeikreisen Ende September an be-

stimmte Politiker und Medien gelangt ist. Wenn aber lediglich Inhalte aus anonymen Briefen zitiert oder interpretiert werden, ohne dass die Glaubhaftigkeit feststeht, hat das wenig mit einer objektiven Aufklärung oder einem seriösen, investigativen Journalismus zu tun. Dieser hat seine Grenze dort, wo er sich im völlig Spekulativen verliert und rufschädigende Wirkung entfaltet sowie die Stuttgarter Polizei insgesamt in ein falsches Licht rückt.

Stuttgarter Zeitung vom 22. Oktober 2010: „Ob Aktive oder Ehemalige – das Urteil ist zumindest hinter vorgehaltener Hand ziemlich einhellig: Es hätte nicht zum Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray kommen müsse, gestehen uniformierte Beamte sogar am Bauzaun. Dahinter steckt die zentrale Frage, warum am 30. September die bewährte Stuttgarter Linie abrupt verlassen wurde. Klare Grenzen, klare Ansage, klares Handeln. Der Einsatz passe nicht zu ihrem Präsidenten: ‚Der durfte nicht so, wie er wollte.‘ Immer zahlreicher werden die Stimmen, die eine Regie der Regierung vermuten.“

Auch der ständige Verweis auf angeblich polizeiinterne Quellen führt nicht dazu, dass aus Vermutungen Realitäten werden, beeinflusst aber die subjektive Wahrnehmung des Zeitungslesers. Fakt ist, dass die Stuttgarter Linie nicht verlassen wurde. Die Stuttgarter Polizei hat bei erheblichen Rechtsverstößen noch nie nur zugesehen, soweit die Kräftesituation es zuließ. Es ist außerdem eine ganz andere Qualität, wenn Polizeikräfte auf breiter Front unmittelbar in ihrem hoheitlichen Handeln behindert und attackiert werden. So etwas hatten wir in Stuttgart noch nicht. Die Frage der Stuttgarter Zeitung, wie weit der zivile Ungehorsam tolerierbar sei, habe ich im Übrigen schon im Juni letzten Jahres im Sinne der Stuttgarter Linie beantwortet: „Da haben wir keinen Ermessensspielraum. Ziviler Ungehorsam ist kein harmloses Abenteuer und hat zur Folge, dass die Polizei einschreiten muss.“

Stuttgarter Zeitung vom 22. Oktober 2010: „Nur anonym wird aus den Reihen der Polizei bestätigt, im Schlossgarten seien verdeckt agierende Beamte als Provokateure eingesetzt worden. Bei solchen Einsätzen sei es keineswegs unüblich, Vermummte unter die Demonstranten zu schleusen, die mit Stein- oder Flaschenwürfen einen Anlass zum Zupacken gäben.“

Dieser Artikel indiziert auch bei einem unvoreingenommenen Zeitungsleser, dass der Einsatz von Provokateuren durch – auch in diesem Fall anonyme – Aussagen aus Polizeikreisen belegt sei. Jeder der sich bei der Stuttgarter Polizei auskennt, weiß aber, dass uns solche Aktionen nicht in den Sinn kämen. Geeignet sind solche Zeitungsberichte aber, Stimmungen gegen die Polizei und Vorbehalte gegen die Recht-

mäßigkeit polizeilicher Maßnahmen zu erzeugen oder zu verfestigen. In Kauf genommen wird mit solchen Aussagen auch, dass die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst damit konfrontiert werden und ihre Arbeit noch schwieriger wird.

Stuttgarter Zeitung vom 29.01.2011: „Ratsmehrheit fordert: Polizeichef muss weg – Grüne SPD, SÖS/Linke und FDP fordern den Rücktritt von Stumpf. Nachdem SPD und Grüne im Landtag den Rücktritt des Polizeipräsidenten gefordert haben, sehen nun auch die Vertreter dieser beiden Fraktionen im Gemeinderat keine Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit“.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion Hans. H. Pfeiffer hat mir sofort nach Erscheinen dieses Zeitungsartikels mitgeteilt, dass Bericht und Schlagzeile einen völlig falschen Eindruck vermitteln: Die örtliche SPD habe sich nie mit einem Rücktritt des Polizeipräsidenten beschäftigt und habe dies auch nicht vor. Die in der Zeitung zitierte persönliche Meinung des SPD-Kreisvorsitzenden Reissig entspräche nicht der Meinungslage in der SPD-Fraktion. Auch dieser Artikel entbehrt also zumindest in Teilen einer sachlichen Grundlage, ebenso wie ein wenige Tage zuvor erschienener Bericht, der sich auf eine Aussage des Grünen-Abgeordneten Sckerl beruft: Am 22.01.2011 ist in der Stuttgarter Zeitung zu lesen, dass der Polizeipräsident am 30. September 2010 dem Sprecher des Bahnprojekts Dietrich mitgeteilt haben soll, dass „im Park die Post abgehe“. In der anschließenden Pressekonferenz habe er dagegen „keine außergewöhnlichen Vorgänge“ konstatiert. Obwohl sich Projektsprecher Dietrich zwei Tage später gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa) scharf gegen die ihm von Hans-Ulrich Sckerl in den Mund gelegte Äußerung verwehrt, berichtete die Stuttgarter Zeitung ihre Darstellung nicht.

Dafür widmet sich die Stuttgarter Zeitung am 19.02.2011 unter dem Titel: „Profis im Schlossgarten“ erneut der Frage, ob die Polizei Provokateure eingesetzt habe: „Ein Filmausschnitt vom Polizeieinsatz am 30. September zeigt eine verummte Person, die eine Flüssigkeit in Richtung Polizei sprüht. Auch in diesem Fall spekulieren Stuttgart-21-Gegner, dass es sich um einen im Auftrag der Polizei handelnden agent provocateur handle, dem weitere Polizisten in Zivil zur Seite stünden. – Was ist mit dem Mann in Zivil, der bei der Sprayattacke auftaucht und vermeintlich eine Gasse für den Sprüher schafft? Die StZ hat das Video mehreren unabhängigen Polizeiexperten vorgespielt. Nach ihrer Einschätzung ist die Szene ‚nicht ganz kosher‘. Die Ausführung der Sprayattacke spreche für den Einsatz von Profis.“

Diese Zeilen pflegen unterschwellig die Vermutung, die Polizei selbst habe Provokateure eingesetzt – als Beleg müssen erneut angebliche Polizeiexperten herhalten.

Jeder von uns wird sich fragen, wer diese Polizeiexperten sind und weshalb diese ihre Expertisen immer nur gegenüber einer Zeitung abgeben und anonym bleiben.

Stuttgarter Zeitung vom 04.03.2011: „Der 25. Januar ist einigen Gegnern von Stuttgart 21 noch gut in Erinnerung: Etwa 40 Aktivisten und neugierige Bürger hatten sich an diesem Morgen vor dem Bauzaun versammelt, als sie plötzlich von Polizisten umzingelt wurden – ohne Vorwarnung und Begründung. ‚Wir sind überzeugt, dass die Vorgehensweise der Polizei rechtswidrig war‘, sagt Simone Eberle. Es habe sich um friedlichen Protest gehandelt. Befehligt hat den Einsatz Andreas Feß, der schon am 30. September als zuständiger Abschnittsleiter die Freigabe von Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray erwirkt hatte.“

Der Presseartikel spekuliert mit der Aussage, die Polizei gehe willkürlich und ohne jegliche Veranlassung gegen Stuttgart-21-Gegner vor. Wir alle wissen aber seit Monaten und insbesondere diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die am 25. Januar selbst eingesetzt waren, dass dies nicht zutrifft. Wir haben überhaupt kein Interesse an unnötigen Konflikten mit Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt. Allerdings haben wir die Pflicht, das Recht durchzusetzen. Nichts anderes haben die Einsatzkräfte an diesem Januarmorgen getan, so wie es ihre Aufgabe war. POR Feß hat im Übrigen die hier in Rede stehenden rechtlichen Entscheidungen nicht getroffen. Diese lagen bei der Polizeiführung.

Eine ähnliche Tendenz wie beim vorhergehenden Punkt weisen zwei Berichte und ein Kommentar in der Stuttgarter Zeitung vom 4. und 5. März 2011 auf:

„Beamte durchsuchen Wohnung von Stuttgart-21-Gegnern: Nach dem, was Stefan Cramer und seine Frau Erika erlebt haben, gibt es für sie keinen Zweifel mehr. Die Stuttgarter Justiz will mit einer härteren Gangart einschüchtern. – Unangemessen: Das rigorose Vorgehen gegen Stuttgart-21-Gegner stimmt mehr als nachdenklich. Schon nach dem Polizeieinsatz vom 30. September wurde darüber spekuliert, ob Polizei und Justiz auf politischen Druck hin eine härtere Gangart gegenüber den Gegnern von Stuttgart 21 eingeschlagen haben. Der von der StZ dokumentierte Fall weist in diese Richtung. Auch bei den Blockadeaktionen am Hauptbahnhof geht die Polizei mittlerweile rigoros vor. Die Reihe dieser Vorfälle lässt sich fortsetzen. Wer lediglich sein Bürgerrecht wahrnimmt und mit friedlichen Mitteln gegen einen Bahnhofsumbau protestiert, darf nicht wie ein mutmaßlicher Krimineller behandelt werden – voraussetzender Übereifer erhöht das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht. – Vorladung aufs Revier nach Leserbrief: Immer mehr Stuttgart-21-Gegner klagen über eine härtere Gangart von Justiz und Polizei. Das rigorose Vorgehen von Polizei und Staatsanwalt-

schaft gegen Stuttgart-21-Gegner beschäftigt immer öfter auch die Rechtsanwälte in der Landeshauptstadt.“

Vor allem im Kommentar werden der Stuttgarter Polizei und der Justiz überzogene und damit rechtswidrige Maßnahmen unterstellt. Insgesamt sind auch diese Beiträge geeignet, Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und Zuverlässigkeit der Stuttgarter Polizei zu schüren. Bei der angesprochenen Wohnungsdurchsuchung, die im Übrigen schon im Oktober letzten Jahres stattfand, haben die Ermittler wieder nur das getan, wozu sie gesetzlich berufen sind: Eine richterlich angeordnete Wohnungsdurchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln in einem Strafverfahren zu vollziehen – wie tagtäglich in vielen anderen Fällen gängige Praxis. Trotzdem wird erneut indiziert, dass Maßnahmen, die sich gegen Stuttgart-21-Gegner richten, tendenziell unverhältnismäßig oder potentiell rechtswidrig seien. Wir differenzieren aber gerade nicht danach, welche politischen bzw. gesellschaftlichen Einstellungen Einzelne haben. Umso befremdlicher wirkt es, dass dies immer dann bezweifelt wird, wenn in irgendeiner Weise Stuttgart-21-Gegner von unseren Maßnahmen betroffen sind.

Stuttgarter Nachrichten vom 09.03.2011: „Nach Wasserwerfereinsatz im vorigen Herbst verliert Polizeioberrat seinen Posten – Bauernopfer oder lange geplanter Strategiewechsel? In einem anonymen Schreiben wird die Vermutung geäußert, dass mit der Ablösung von Andreas Feß das Innenministerium für den Fall eines Regierungswechsels der Forderung nach personellen Konsequenzen vorbauen will, ohne dabei einen führenden Kopf zu opfern. – ‚Mit der unklaren Situation tut man dem Kollegen Feß innerhalb der Polizei und auch in der kritischen öffentlichen Wahrnehmung keinen Gefallen‘, warnt ein langjähriger Einsatzleiter.“

Erneut mutmaßlich durch ein anonymes Schreiben an eine Redaktion veranlasst, wird über eine alltägliche Personalangelegenheit spekuliert und der Eindruck erweckt, eine mögliche Versetzung eines Beschäftigten unseres Hauses könne als Bauernopfer dienen. Auch das entbehrt jeder Grundlage. Sollte es zu einem Wechsel von POR Feß in das Innenministerium kommen, böte ihm das gute Chancen für seine berufliche Entwicklung, die manch anderer auch gern in Anspruch nehmen würde. Der Grund dazu läge für ihn weit vor dem 30. September 2010 und hätte mit Stuttgart 21 absolut gar nichts zu tun.

Vielleicht konnte ich Ihnen mit diesem Exkurs in die Berichterstattung der letzten Monate die eine oder andere neue Information liefern, die für Ihre persönliche Einschätzung und Bewertung wichtig ist. Unabhängig davon möchte ich Sie in Zukunft zeitnah und anlassbezogen über aktuelle Themen im Zusammenhang mit dem Einsatz Stutt-

gart 21 informieren. Als Plattform dazu wird unser neues Medium „Nachrichten PPS – S 21“ dienen, mit dem wir regelmäßig bzw. anlassbezogen über einsatzbezogene Themen und die sonst für das Polizeipräsidium relevanten Aspekte im Zusammenhang mit dem Großprojekt Stuttgart 21 informieren wollen. In diesem Zusammenhang bin ich für weitere Anregungen oder Ihre Meinung dankbar – kommen Sie einfach auf mich zu!

Mein Wunsch ist es abschließend, dass Sie sich trotz allem durch teilweise unrichtige und unsachliche Berichterstattung über die Stuttgarter Polizei und eine entsprechende öffentliche Diskussion nicht verunsichern oder irritieren lassen und weiterhin so professionell die Einsatzlagen bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Schimpf